



Pauschalen für Integration und UMA

Treffen der eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus der Zentralschweiz mit Regierungsvertretenden vom 1. Februar 2017,

Manuela Weichelt-Picard, Landammann ZG und Präsidentin der ZGSDK-S



Ausgangslage/ Handlungsbedarf bei der Finanzierung

- Abgeltung der Kosten der Kantone beim Vollzug des Asylgesetzes über zweckgebundene Pauschale (Globalpauschale und Integrationspauschale)
- Bundesrat legt die Höhe der Pauschale fest.
- Folgenschwere Entwicklungen für die Kantone:
 - Herausforderungen bei der Betreuung, Integration und Unterkunft;
 - Heute gleiche Pauschale für Erwachsene wie für unbegleitete minderjährige Personen aus dem Asylbereich (UMA), obwohl Aufwendungen für UMA höher sind.



Erhöhung Integrationspauschale

- **Antrag ZGSDK-S (Zuständigkeit KdK)**

Deutliche Erhöhung der Integrationspauschale von bisher 6'000 Franken auf 20'000 Franken.

- **Begründung**

Heutige Pauschale von einmalig rund 6'000 Franken reicht gerade einmal für den Erwerb rudimentärer Sprachkenntnisse.

Für eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt reicht die Pauschale bei weitem nicht aus.

Schon heute zahlen die Kantone erhebliche eigene Mittel an die Integration von VA und FLÜ.



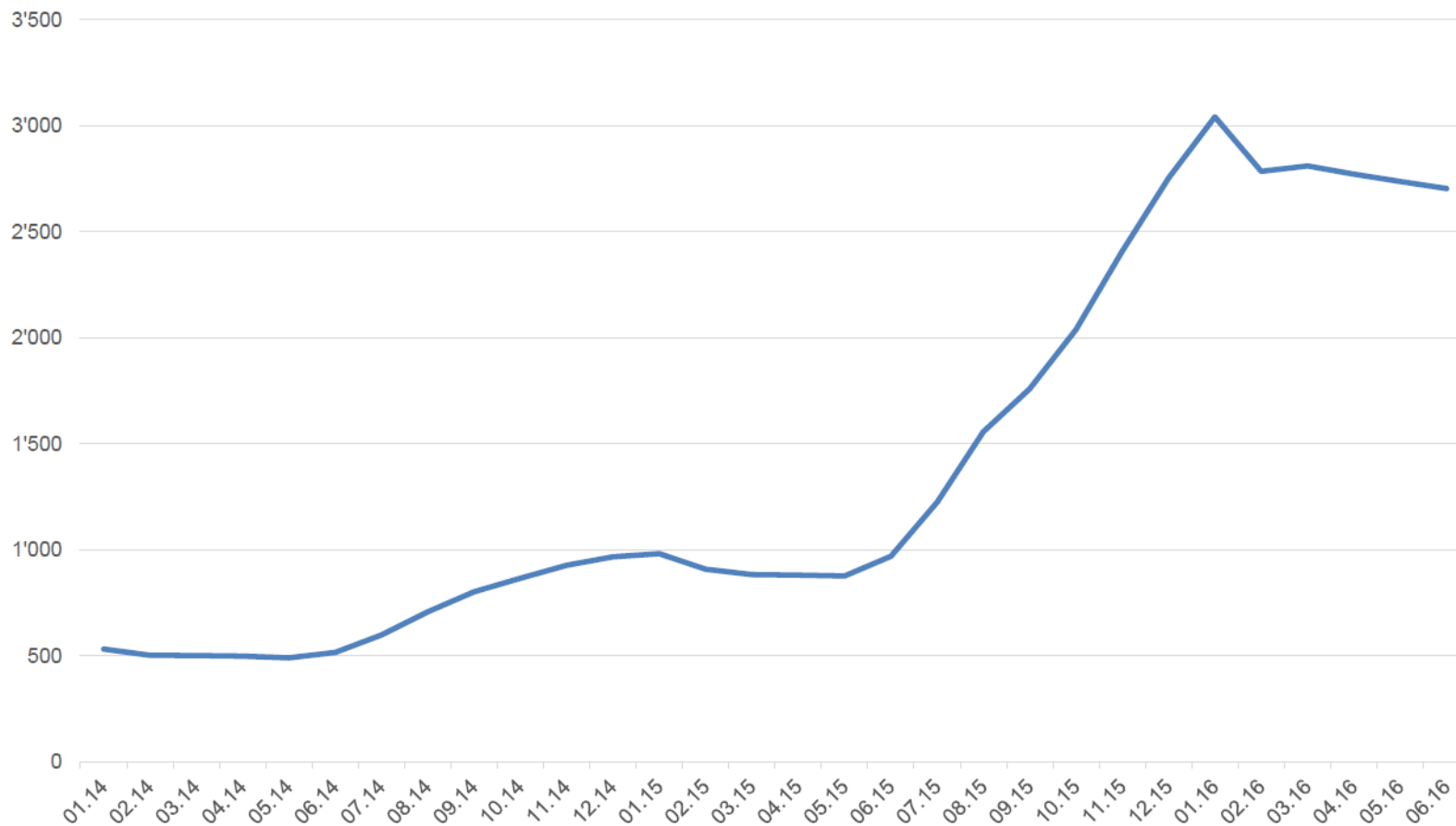
Einführung separate Pauschale für UMA

- **Antrag ZGSDK-S (Lead Gesamtverhandlungen KdK)**
Für UMA soll eine separate Pauschale eingeführt werden, die deutlich über den übrigen Pauschalen des Asylgesetzes liegt.
- **Begründung**
 - UMAs rund 10% des Gesamtbestands der Asylsuchenden;
 - UMA Betreuung ist finanziell aufwendig;
 - UMAs werden immer jünger, z.T. Unterbringung in Pflegefamilien oder speziellen Kinder- und Jugendeinrichtungen. Steigende ungedeckte Kosten der Kantone, je nach kantonaler Gesetzgebung auch bei den Gemeinden.



Anzahl MNA in den Kantonen - Entwicklung Anfang 2014 bis Mitte 2016

(Quelle SEM)





Vorgeschichte und aktueller Stand der Verhandlungen

- Sommer 2016: Erhebungen KdK, SODK und EDK zu Integrationskosten, Kosten der Regelstrukturen sowie zur Unterbringung der UMA;
- November 2016: Plenum der SODK beschloss keine separate UMA-Pauschale, sondern eine substanzielle Erhöhung der Globalpauschale ab 2018;
- Dezember 2016: Feststellung der Plenarversammlung der KdK, dass Kantone und (teilweise Gemeinden) rund doppelt so viel in die Integration von VA und FLÜ investieren wie der Bund;
- März 2017: KdK (Lead), EDK und SODK beginnen Verhandlungen mit Bund



Anliegen der Kantone an die Zentralschweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Unterstützung der Forderung der Kantone nach

- einer Erhöhung der Integrationspauschale (die ZGDSK-S hatte eine Erhöhung von 6'000 Franken auf 20'000 Franken beantragt)
- einer substanziellen Erhöhung der bisherigen Globalpauschale (die ZGDSK-S hatte eine separate Pauschale für die UMAs beantragt)